

Kiel, 19. Februar 2019

Nr.: 02 /2019

Themen aus dem Landtag (19. Tagung vom 13. Februar bis 15. Februar 2019)

Rente ist eine Frage von Respekt!

Die in den letzten Wochen viel diskutierte Grundrente von Hubertus Heil ist Bestandteil einer groß angelegten Sozialstaatreform der SPD. Die Pläne des Arbeitsministers sehen vor, dass Arbeitnehmer, die 35 Jahre lang Beiträge gezahlt haben und trotzdem nur eine Rente auf Höhe der Grundsicherung erhalten, bis zu 447 Euro mehr im Monat bekommen sollen. Die SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag begrüßt das und hat die Landesregierung deshalb in einem Antrag dazu aufgefordert, die Vorhaben unseres Bundesarbeitsministers über eine Bundesratsinitiative zu unterstützen. Warum gerade in Schleswig-Holstein sehr viele Menschen davon profitieren würden, erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner:

„Bis ins 20. Jahrhundert war Altersarmut für weite Teile der Gesellschaft eines der drängendsten Probleme. Ein würdiger Lebensabend, ohne auf Mildtätigkeiten oder die eigene Familie angewiesen zu sein - für viele Menschen unvorstellbar. Es brauchte lange, bis sich die Idee einer allgemeinen Absicherung durchsetzte, und ohne Zweifel ist die gesetzliche Rentenversicherung eine der größten Errungenschaften unseres Sozialstaates. Doch die alte Sicherheit ist ins Wanken gekommen und bedarf einer Anpassung auf die heutige Lebenssituation. Viele Menschen stellen sich die Frage, wie sie nach ihrem Erwerbsleben abgesichert sein werden. Oder aber sie erleben ganz praktisch, dass das Geld im Alltag trotz Rente nicht reicht, sie plötzlich angewiesen sind auf Grundsicherung. Daraus folgt etwas, das sich niemand wünschen kann: Menschen, die ihr Leben lang für sich selbst gesorgt haben, müssen zum Amt gehen, ihre Bedürftigkeit nachweisen, um Unterstützung bitten. Das ist ein drastischer Einschnitt. Und es verletzt das Gerechtigkeitsgefühl, wenn es plötzlich keinen Unterschied mehr macht, ob man sein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen, Angehörige gepflegt hat – oder eben nicht. Am Ende steht die Grundsicherung. Und die eigene Lebensleistung findet sich im Antrag wieder, zusammengeschmolzen auf ein paar Ziffern. Dieses Problem trifft zum weit überwiegenden Teil Frauen. Frauen, die genauso hart und häufig noch viel härter gearbeitet haben als die Männer ihrer Generation und bei denen die

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Rente am Ende doch nicht reicht. Der durchschnittliche Rentenanspruch von Frauen in Schleswig-Holstein beträgt rund 850 Euro. Durchschnitt – das lässt erahnen, wie viele noch deutlich weniger haben. Und ohne Zweifel steht dahinter zusammengerechnet oftmals ein höherer gemeinsamer Anspruch von Ehepartnern – oftmals jedoch auch nicht. Und selbst dort, wo es der Fall, ist bleibt die Ungerechtigkeit, dass sich aus der eigenen Lebensleistung kein Rentenanspruch ergibt, der über der Grundsicherung liegen würde. Eine Gesellschaft muss sich fragen, ob sie sich damit auf Dauer abfinden will.

Ich kenne parteiübergreifend kaum jemanden, der diese Probleme ernsthaft bestreitet. Aber die Bereitschaft, daran tatsächlich etwas zu ändern, ist stark unterschiedlich ausgeprägt. Darum ist es gut, dass die Grundrente im Koalitionsvertrag der Großen Koalition verankert ist und noch besser, dass Arbeitsminister Hubertus Heil ein Konzept vorgelegt hat, das diesen Namen auch wirklich verdient. Das jetzt präsentierte Konzept hätte für die Betroffenen weitreichende Auswirkungen. Eine Friseurin, die 40 Jahre gearbeitet hat und dabei einen Verdienst auf Mindestlohn-Niveau hatte, erhält die maximale Aufwertung von 447 Euro. Ganz konkret bekäme sie mit der Grundrente 961 statt wie bislang 514 Euro Rente. Das sind wahrlich keine Reichtümer, die da verteilt werden. Aber es macht für die Menschen einen riesigen Unterschied. Finanziell, vor allem aber auch in der Frage, ob man aufgrund der eigenen Leistung einen Anspruch auf eine Versicherungsleistung hat, oder eben trotz eigener Leistung zum Sozialamt muss.“

Hier geht's zur Rede von Ralf Stegner:

<https://www.youtube.com/watch?v=pe9EnMJWAdw>

Die Cannabis-Verbotspolitik ist gescheitert!

Die Kriminalisierung von Cannabis hat keinerlei präventive Wirkung entfalten können. Im Gegenteil, der Konsum steigt weiter und ist über den illegalen und aggressiven Dealermarkt oft der Einstieg in sehr gefährliche und lebensbedrohende Suchtmittel von Kokain bis Crystal-Meth. Deshalb forderte der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Bernd Heinemann, Jamaika zu einer Veränderung in der Drogenpolitik auf:

„Seit über 20 Jahren bemühen wir uns, die Auswirkungen der Illegalität von Cannabis in den Griff zu bekommen. Nicht nur die Gesundheitsexperten der Sozialdemokraten fordern seit vielen Jahren eine Neuausrichtung der Cannabis-Politik. Im Vordergrund der Diskussion stehen immer wieder Modellprojekte, die die regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene möglich machen.“

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Seit 1996 als Sozialministerin Heide Moser in Schleswig-Holstein erstmals versuchte, die Cannabiskonsumenten aus dem Teufelskreis der kriminalisierten Konsumenten herauszuführen, hat sich manches geändert. Der Konsum hat zugenommen und knapp 15.000 Patientinnen und Patienten nehmen in Deutschland Cannabis aus der Apotheke als Medikament zu sich. Eine verantwortungsvolle Drogenpolitik muss sich in erster Linie daran messen lassen, ob sie wirksamen Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutz ermöglicht. Aber die bisherige Cannabis-Verbotspolitik ist ganz offenkundig gescheitert.

Cannabis-Konsum gehört heute wie Alkohol-Konsum zur Lebensrealität in unserer Gesellschaft. Der Konsum von Cannabis lässt sich praktisch genauso wenig verhindern wie der Konsum von Alkohol. Im Gegensatz zu Alkohol ist es bei Cannabis aufgrund der Verbotspolitik derzeit, abgesehen von medizinischer Verordnung, weder möglich, Qualität und Wirkstoffgehalt zu kontrollieren, noch ist ein vernünftiger Jugendschutz gewährleistet.

Eine bundeseinheitliche Entkriminalisierung des Cannabiskonsums würde auch Polizei und Justiz erheblich entlasten. Entlastung an dieser Stelle würde Ressourcen für wirksame Prävention, Aufklärung sowie für einen konzentrierten Kampf gegen den illegalen Drogenhandel frei machen.“

Hier geht s zur Rede von Bernd Heinemann:

<https://www.youtube.com/watch?v=4t3Em5cPtjw>

Das Jahr der politischen Bildung muss auch politisches Engagement vertragen!

Auch die weltweit diskutierte Protestbewegung #FridaysForFuture, bei der Schülerinnen und Schüler für einen verbesserten Klimaschutz protestieren, war Thema in der Februarsitzung des Landtages. Dazu erklärt der stv. Vorsitzende und bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Lernen an anderem Ort ist grundsätzlich möglich und wirkt oft nachhaltiger als eine Stunde im Klassenraum. Wenn Klimaschutz und politisches Engagement über den Freitag hinaus im Unterricht thematisiert und gelebt werden, ist die Entscheidung einer Schule, gemeinsam an #Fridays4Future teilzunehmen, aus Sicht der SPD zu begrüßen. Wenn Schülerinnen und Schüler für sich entscheiden, dem Unterricht fernzubleiben und zu demonstrieren, sollten Lehrkräfte und Schulleitungen an ihre eigene Schulzeit denken. Ich kann mich beispielsweise erinnern, während meiner Schulzeit gegen den

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Irakkrieg und gegen Atomkraft demonstriert zu haben. Teil einer weltweiten Bewegung zu sein, kann eine Erfahrung sein, in die ein Freitag sich zu investieren lohnt. Eine Bildungsministerin, die zuerst das „Jahr der politischen Bildung“ ausruft und dann politisches Engagement schul- und dienstrechtlich verfolgen und unterbinden will, ist zu sehr Gouvernante und zu wenig an der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler interessiert. Das Jahr der politischen Bildung muss auch politisches Engagement vertragen!“

Hier findest du die Rede von Martin Habersaat:
https://www.youtube.com/watch?v=tNfUCjlm_70

Wer eine Ausbildung macht, muss davon leben können.

Wer arbeitet oder eine Ausbildung macht, muss seine Lebenshaltungskosten decken können. Die SPD hat deshalb einen Antrag (Drs. 19/1239) in den Landtag eingebracht, in dem wir eine Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende fordern. Dazu erklärt der Sprecher für Aus- und Weiterbildung der SPD-Fraktion, Tobias von Pein:

„Es ist eine Frage des Respekts und der Wertschätzung, dass Auszubildende auf eigenen Beinen stehen können und nicht auf Zahlungen ihrer Eltern oder vom Amt angewiesen sind. Wir wollen, dass die Mindestausbildungsvergütung bei 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung des jeweiligen Ausbildungsjahres liegt. Zudem soll diese mit fortschreitender Berufsausbildung jährlich ansteigen. Eine höhere tarifliche Ausbildungsvergütung hat natürlich Vorrang. Denn im Idealfall sorgen die Tarifparteien im Rahmen ihrer Tarifautonomie für ordentliche Ausbildungsvergütungen in den Tarifverträgen. Die Rechtsprechung lasse es derzeit allerdings zu, dass nicht tarifgebundene Betriebe diese um 20 Prozent unterschreiten können. Diese Ungerechtigkeit muss geändert werden. Angesichts des Fachkräftemangels geht es auch um die Attraktivität von Ausbildungen sowie um Planbarkeit und Sicherheit beim Einstieg in das Berufsleben. Ausbildungen mit niedrigen Vergütungen weisen oft eine hohe Abbruchquote auf. Außerdem gilt bei der Mindestausbildungsvergütung das Gleiche wie für den Mindestlohn: Eine verbindliche Regelung ist der beste Schutz vor den schwarzen Schafen, die anständigen Betrieben das Geschäft kaputt machen.“

Hier kannst du dir die Rede von Tobias von Pein nochmal ansehen:
<https://www.youtube.com/watch?v=bAenOJKTPPY>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Der schleswig-holsteinische Irrweg muss beendet werden!

Die Landtagssitzung im Februar begann mit einer von der SPD eingebrachten Aktuellen Stunde zur Glücksspielpolitik der Jamaika-Regierung. Dazu erklärt der Oppositionsführer und Fraktionsvorsitze der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:

„2011 öffnete schwarz-gelb dem Online-Glücksspiel Tür und Tor. Es war überall in Deutschland verboten – nur nicht in Schleswig-Holstein. Anfang 2013 legte die Küstenkoalition diesem Treiben den Riegel vor. Die Folgen der verfehlten Politik von Konservativen und Liberalen beschäftigen uns bis heute. Die Bilanz der großspurigen Ankündigungen von 2011 fällt acht Jahre später mau aus: 50-60 Millionen Steuereinnahmen sollte es pro Jahr für Schleswig-Holstein geben. 10 Millionen wurden es – wohlgernekt zusammengerechnet für acht Jahre! Maßnahmen für vorbildlichen Spielerschutz können auf den Seiten der Anbieter mit der Lupe gesucht werden. Auch Job-Boom und Ansiedlungswunder entpuppten sich als Seifenblasen. Dieses unglückliche Kapitel hätte in der vergangenen Woche mit dem Auslaufen der letzten schleswig-holsteinischen Lizenz für ein Online-Casino seinen Abschluss haben können. Doch weit gefehlt: Das Spiel geht munter weiter – nach wie vor mit Verweis auf die schleswig-holsteinische Lizenz. Und auch in der schwarz-gelb-grünen Landesregierung scheint man jetzt an diesem Irrweg festhalten zu wollen. Die SPD-Landtagsfraktion ist nach wie vor der Auffassung, dass die Regulierung des Glücksspielangebotes eine gemeinsame Aufgabe aller Länder ist. Politik mit der Brechstange und Alleingänge wie von der schwarz-gelben Landesregierung 2011 lehnen wir nach wie vor ab. Der schleswig-holsteinische Alleingang muss beendet werden und die ausgelaufenen Lizenzen, die in Schleswig-Holstein etwas legalisieren, was in Hamburg verboten ist, dürfen nicht verlängert werden. Dafür fehlt nach unserer Auffassung auch die Rechtsgrundlage.“

Hier geht`s zur Rede von Ralf Stegner:

<https://www.youtube.com/watch?v=kzwHz3izG7U&list=PLGzAssPs-oLu4JmiUs3VngMHbkOVxwsNi>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Samiah El Samadoni leistet wichtige Arbeit im Dienst und zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger

Zur Landtagsdebatte über den Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, erklärt die stv. Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

„Leider ist es noch immer so, dass Bürgerinnen und Bürger ihren Rechten hinterherlaufen müssen, Bescheide oft erst im Widerspruchsverfahren oder aber nach Intervention der Bürgerbeauftragten positiv ergehen. Samiah El Samadoni ist eine echte Anwältin für die Menschen und arbeitet mit ihrem Team an der Seite der Bürgerinnen und Bürger, hilft schnell und flexibel und vor allem vollkommen unabhängig und setzt somit Bürgerrechte durch. Die SPD dankt ihr und ihrem Team ganz herzlich für diese wichtige Arbeit. Sehr viele Mitarbeitende in Behörden versuchen, das Beste für ihre Klienten zu erzielen, was nicht immer einfach ist, denn Behörden arbeiten nach engen Korridoren. Dem vorliegenden Bericht können wir entnehmen, dass sich im Jahr 2017 3473 Menschen hilfeschend an die Bürgerbeauftragte gewandt haben, 150 Menschen mehr als im Jahr davor. Diese Menschen brauchen Hilfe, Unterstützung und Beratung zu ihren Rechten und Möglichkeiten. Was sie nicht brauchen, ist ein Behördenkrieg, der sehr oft auf unterschiedlicher Augenhöhe stattfindet. Es kann doch nicht sein, dass ein chronisch krankes Kind nicht mit auf Klassenfahrt kann, weil der zuständige Kreis und die Krankenkasse sich nicht auf die Zuständigkeit einigen können. Es ist Aufgabe der Behörden, zu einer bürgerorientierten Lösung zu kommen. Die SPD hat eine Anregung der Bürgerbeauftragten aufgenommen. Neben unseren, wie ich finde ausgesprochen guten Ideen für einen modernen Sozialstaat, wollen wir, dass die Verwaltung ihre gesetzliche Informations- und Beratungspflicht in Zukunft bürgerfreundlicher und in verständlicher Sprache umsetzt. Die von der Landesregierung im Ausschuss vorgestellte Idee, im Rahmen eines Projektes einen unverbindlichen Leitfaden von Auszubildenden entwickeln zu lassen, ist zwar nett, aber entspricht nicht einer verbindlichen Reform der deutschen Behördensprache.“

Hier geht's zur Rede von Birte Pauls: <https://www.youtube.com/watch?v=nyuboE4zohk>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Verschiedenes:

Quorum zu 200% erfüllt: Großer Erfolg für Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum!

Der Sozialverband und der Deutsche Mieterbund haben vor rund einem Jahr eine Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein gestartet. Mittlerweile wurden vor dem Landeshaus die dafür gesammelten Unterschriften an den Landtagspräsidenten überreicht. Dazu erklären der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner, sowie die wohnungsbaupolitische Sprecherin, Özlem Ünsal:

„Wir stehen seit Beginn geschlossen hinter der Volksinitiative und dem Deutschen Mieterbund. Eine entsprechende Gesetzesinitiative haben wir bereits im vergangenen Jahr in den Landtag eingebracht. Umso mehr freut es uns jetzt, dass die hohe Zahl von fast 40.000 Unterschriften für diese Initiative zusammengekommen ist. Das zeigt einmal mehr, dass das Thema Wohnen eines der zentralen Gerechtigkeitsthemen unserer Zeit ist. Auch Jamaika muss jetzt endlich Farbe bekennen. Das Thema darf nicht weiter nur dem freien Markt überlassen werden. Hier ist staatliches Handeln gefordert.

Sowohl die unterzeichnenden Schleswig-Holsteiner als auch wir erwarten einen klaren Kurs von dieser Landesregierung, wenn es um bezahlbares Wohnen geht. Die Lage am Wohnungsmarkt spitzt sich auch in Schleswig-Holstein immer weiter zu. Bezahlbares Wohnen wird immer knapper und immer mehr Menschen können sich ihre Miete nicht mehr leisten. Wohnen ist aber ein Grundrecht und darf nicht zum Luxus werden! Der Druck wächst inzwischen bis in die Mitte der Gesellschaft. CDU, FDP und Grüne müssen durch eine strategische Wohnungsmarkt- und Förderpolitik der fortschreitenden sozialen Spaltung in unserer Gesellschaft entgegenwirken. Bislang setzten sich in der Koalition offenbar die liberale Ideologie und der sture Glaube an die Regelungskräfte des freien Marktes durch. Anpacken sieht ganz anders aus.“

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de